

Krieg taugt nicht als Mittel internationaler Friedenspolitik!

In der Welt toben momentan rund 40 Kriege und Bürgerkriege, in Dutzenden von Ländern gibt es grausame Verfolgungen ethnischer Minderheiten bis hin zur systematischen Ausrottungspolitik gegen ganze Völker. Allein in Asien spannt sich ein blutiger Konfliktbogen von Kurdistan über Armenien, Aserbaidschan, Tadschikistan, Afghanistan, den Pandschab, Tibet, Sri Lanka, Birma, Kambodscha bis nach Ost-Timor und auf die Philippinen – um nur die "größeren Krisengebiete" zu benennen.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und vor allem die schrecklichen Kriegsverbrechen in Bosnien-Herzegowina haben die internationale Öffentlichkeit besonders tief erschüttert. Nicht nur in der "westlichen" Friedensbewegung, gerade auch in der internationalen islamischen Gemeinschaft, hat der Völkermordversuch an den bosnischen Muslimen eine Debatte darüber entfacht, ob zur Abwehr eines solchen Verbrechens nicht auch eine internationale Militärintervention zu fordern sei. Um die Kriegsverbrechen dort schnell zu stoppen, ist für viele Menschen nunmehr ein gezielter Einsatz technologisch überlegener Militärverbände "angesagt".

Ich möchte an dieser Stelle nur mit einigen Fragen die Probleme umschreiben, die sich ergeben, wenn mensch sich auf solch "militärische Problemlösungsstrategie" einläßt:

Gegen wen sollen internationale Militärs dort vorgehen? Nur gegen die serbischen Belagerer Sarajevos oder auch gegen die serbischen Belagerer Dutzender anderer Städte Bosniens? Auch gegen die kroatischen Belagerer des muslimischen Teils Mostars und anderer Gebiete in Herzegowina? Sollen auch die muslimischen Angreifer kroatischer und serbischer Enklaven ein Ziel sein? Sollen nur Luftangriffe durchgeführt werden oder ist nicht – wie es eine Studie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung postuliert – der Einsatz von mehr als 100.000 Soldaten in einem Landkrieg erforderlich, um "Frieden zu schaffen"?

Oder beschränkt man sich auf quasi symbolische Bombardierungen bestimmter Stellungen, um mehr "Verhandlungsdruck" zu erzeugen? Und wenn das dann nicht die gewünschte Wirkung zeigt? Was wird mit der UN-Versorgung der Zivilbevölkerung durch die bislang neu-

tralen Blauhelm-Einheiten, wenn die UNO so zur Kriegspartei wird? Müssen diese Blauhelme nicht die Versorgungsaktionen einstellen und vor einer Militäraktion abgezogen werden, damit sie nicht selbst als Geiseln genommen werden?

Und wer soll eigentlich Truppen schicken? Nur die G-7-Staaten, koordiniert von NATO und WEU? Sozusagen eine neue NATO-Option: das größte Kriegsbündnis der Welt schult um zur internationalen Friedenspolizei? Oder dürfen sich auch "kurdistanerfahrene" iranische Pasdaran und in Ost-Timor geschulte indonesische "Friedensstreitkräfte" an dieser internationalen Mission beteiligen?

Selten hat es wohl in den letzten Jahren einen Konflikt gegeben, wo es so große Möglichkeiten zur zivilen Eindämmung von Aggressionspolitik gab, wie im Fall der Auflösung Jugoslawiens. Eine systematische Sanktionspolitik, etwa ein lukkenloses Handels- und Ölembargo in Kombination mit einer Unterbindung des Zahlungsverkehrs und der Währungskonvertibilität sowie der Beschlagnahme aller Auslandsguthaben schon vor einhalb Jahren bei Beginn der serbischen Aggression gegen Kroatien hätten ein Übergreifen des serbisch-kroatischen Krieges auf Bosnien noch verhindern können. Doch statt mit den Vereinten Nationen eine Verhandlungslösung für die Konflikte im zerfallenden Jugoslawien herbeizuführen und großzügige Hilfsangebote für den Fall einer friedlichen Regelung zu machen, hat die EG auf deutschen Druck hin einseitig die Lostrennung von Slowenien und Kroatien und später Bosnien-Herzegowinas anerkannt. Der Konflikt wurde so geschürt. Es gab praktisch überhaupt keine politische Anstrengung der G-7-Staaten, diesen Krieg mit zivilen Mitteln zu verhindern oder im Anfangsstadium einzudämmen. Auch heute könnte eine endlich lückenlos durchgeführte Sanktionspolitik die serbische Aggression zumindest drastisch eindämmen, wahrscheinlich sogar zum Zusammenbruch des letztlich verantwortlichen Belgrader Regimes führen.

Es ist eigentlich absurd, nun gerade von diesen Staaten zu fordern, sie sollten jetzt militärisch erzwingen, was sie politisch offensichtlich nicht wollten.

Wer sich mitkämpfend in einen Krieg begibt – und sei es, um Kriegsverbrechen zu verhindern – der wird unentrinnbar in

ihn verwickelt. Dies zeigt der laufende Kampfeinsatz von internationalen Truppen unter der UN-Fahne in Somalia ganz deutlich. Zumindest die belgischen und amerikanischen Einheiten sind dort kaum noch von den "anderen" Kriegsparteien im Land zu unterscheiden.

Schließlich: wer in Bosnien oder Somalia UN-Militäreinsätze zur Durchsetzung der Menschenrechte für geboten hält, muß seine Kriterien in den anderen Konflikten der Welt auch gelten lassen. In Afrika betrifft dies zumindest den Sudan, Liberia, Zaire und vor allem Angola. Dort hat der Krieg allein in diesem Jahr fast 1 Million Tote gefordert und die "Prognosen" sind düster. Aber noch hat CNN-TV diesen Konflikt nicht "entdeckt", so wie es die Konflikte in Afghanistan und Tadschikistan momentan "vergessen" hat. Wohl auch deshalb gibt es in Bezug auf diese Länder im Augenblick noch keine internationale Interventionsdebatte.

Die kriegerischen Konflikte dieser Welt sind nicht mit der Logik des "Gegen-Krieges" zu bekämpfen. Die für ein solches Konzept notwendige Militarisierung der UNO zur Super-Supermacht von Gnaden der G7-Staaten hätte verhängnisvolle Folgen. Wer so etwas fordert, befördert – ob er will oder nicht – die Zementierung der herrschenden ungeordneten Weltwirtschaftsordnung und eine verschärfte imperiale Politik der Kernländer des Nordens gegen den Süden.

Dies sollte gerade auch ein kritischer islamischer Intellektueller wie Chandra Muzaffar bedenken, wenn er aus der berechtigten Empörung über die Kriegsverbrechen an den Muslimen in Bosnien faktisch den Einsatz von NATO oder WEU-Truppen fordert (vgl. SOAI 2/92, S.12 f.). Chandra müßte, wenn er der Logik seines angesprochenen Kommentars konsequent folgt, auch den Kriegseinsatz von internationalen Truppen zur Beendigung der indonesischen Besatzungsverbrechen in Ost-Timor und wohl auch gegen das burmesische Regime fordern – um es auf Südostasien zu beschränken. In Somalia schießen ja bereits malaysische Soldaten de facto unter amerikanischem Kommando.

Politische Einmischung für Menschenrechte und Frieden sind notwendig, aber sie dürfen sich nur ziviler Mittel – bis hin zur totalen Isolation eines Aggressors durch umfassende Sanktionen – bedienen, wenn sie nicht selbst zur Militarisierung der Welt beitragen wollen. Krieg taugt nicht als Mittel internationaler Friedens- und Menschenrechtspolitik.

Frithjof Schmidt

Der Verfasser ist Vorstandsmitglied des Trägervereins der SOA-Infostelle und Referent für Internationale Politik des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.